

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses

13. November 2023

Sitzungstermin:	Donnerstag, 09.11.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	17:56 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsfrau Annika Fohn

Ratsfrau Ellen Begolli

Frau Relindis Becker

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsfrau Ulla Griepentrog

ab TOP 3

Ratsfrau Doris Kurschilgen

Ratsherr Wolfgang Palm

Ratsfrau Daniela Parting

Herr Johannes Rohé

Vertretung für Ratsherrn Lars Lübben

Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer

Herr Ludger Eickholt

Herr Hans Keller

Vertretung für Frau Rita Dautzenberg

Frau Dr. Jana Keller

Frau Dr. Christiane Michulitz

Frau Ute Nußbaum

Herr Jannis Pinzek

Abwesende:

Ratsherr Lars Lübben	vertreten
Ratsfrau Sigrid Moselage	entschuldigt
Frau Rita Dautzenberg	vertreten

von der Verwaltung:

Frau Martina Augardt	FB 11
Herr Stephan Baurmann	GPR
Frau Jennifer Buchem	Dez. V
Frau Cornelia Hassiepen	FB 11
Herr Dr. Markus Kremer	Dez. V
Herr Marcel Windmüller	Dez. V

als Schriftführerin:

Anika Adam	FB 11
------------	-------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.08.2023 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 11/0149/WP18

- 3 **Umsetzung des § 5 des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG):
Erstellung, Überprüfung und Fortschreibung von Gleichstellungsplänen**
Vorlage: FB 11/0151/WP18

- 4 **Duales Studium Soziale Arbeit**
Vorlage: FB 11/0153/WP18

- 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) eröffnet um 17:00 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses.

In einer Schweigeminute wird der Opfer der Reichspogromnacht am 09.11.1938 gedacht.

Es werden keine Anträge auf Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung gestellt.

Die Ausschussmitglieder beschließen die bestehende Tagesordnung einstimmig.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.08.2023 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 11/0149/WP18

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt mit 2 Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.08.2023 (öffentlicher Teil).

zu 3 Umsetzung des § 5 des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG): Erstellung, Überprüfung und Fortschreibung von Gleichstellungsplänen

Vorlage: FB 11/0151/WP18

Frau Martina Augardt (FB 11) dankt für die Möglichkeit, den Gleichstellungsplan vorstellen zu dürfen. Diese Aufgabe nehme sie gerne wahr in Vertretung der Gleichstellungsbeauftragten Frau Sabine Bausch. Frau Augardt beginnt mit einer anschaulichen Präsentation des aktuellen Gleichstellungsplans für den Zeitraum 2024- 2028.

Im Gleichstellungsplan gebe es wieder - wie bereits im letzten Gleichstellungsplan auch- vier Handlungsfelder, an denen Entwicklungen und Handlungsbedarfe aufgezeigt würden. Weiterhin diene die Übernahme der gleichen Handlungsfelder der besseren Evaluierung.

Die einzelnen Handlungsfelder werden im weiteren Vortrag vorgestellt.

Im Handlungsfeld 1 - Berufsbilder und Rekrutierung - werden zunächst geschlechtsspezifische Trends im Personalbestand sowie Fachbereiche mit hohem Männer- oder Frauenanteil dargestellt.

Im Handlungsfeld 2 - Einkommen, Arbeitszeit und Alterssicherung - werden die sog. „Gläserne Decke“ sowie das Thema „Teilzeit“ besonders beleuchtet. Als Maßnahme in diesem Feld wird die Anpassung der Mobilen Arbeit erwähnt, durch die Familienfreundlichkeit und damit einhergehend die Attraktivität als Arbeitgeberin gesteigert werde.

Im Handlungsfeld 3 - Karrierewege und Führungspositionen.- wird das Führungsnachwuchsprogramm „Kompetent Managen“ hervorgehoben, welches seit fast 27 Jahren mit hoher Akzeptanz angeboten werde.

Als Maßnahme in diesem Handlungsfeld solle das Thema „Führen in Teilzeit“ weiterentwickelt und standardisiert werden, um als Arbeitgeberin noch attraktiver zu werden.

Im Handlungsfeld 4 - Lebensweise und Balance wird ein besonderer Fokus auf den Begriff „Mental Load“ gelegt. Die Themen Mental Load und Work Life Balance hätten für den Arbeitgeber spürbare Auswirkungen, wie sich an der Inanspruchnahme und der Dauer der Elternzeit durch die Mitarbeitenden ablesen lasse.

Abschließend werden die generellen Ziele eines Gleichstellungsplans von Frau Augardt dargestellt.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) dankt für die Präsentation.

Ratsfrau Becker (GRÜNE) dankt für die Präsentation und die Zusammenfassung des Gleichstellungsberichts.

Hinsichtlich des Themas Frauen in Führungspositionen fragt sie nach, welche konkreten Maßnahmen es dort gebe.

Weiterhin habe ihr in dem sehr ausführlichen Bericht gefehlt, dass abschließend die Maßnahmen kompakt zusammengefasst werden; außerdem habe in sie diesem Zusammenhang auch eine Zielsetzung vermisst.

Frau Hassiepen (FB11) geht zunächst auf das Thema Entwicklung von Führungskräften ein. Sie betont, dass es besonders auf den oberen Ebenen nicht einfach sei, Führungskräfte zu gewinnen und man sehr darauf angewiesen sei, als attraktiver Arbeitgeber bekannt zu sein. Es sei insgesamt ein großes Anliegen, Frauen zu fördern und zu beraten. Beim Führungskräftenachwuchsprogramm zeige sich, dass die Absolvierenden sehr schnell in Führungspositionen gingen. Dieses Programm möchte man in den nächsten Jahren fortsetzen.

Ratsfrau Begolli (LINKE) dankt für den Bericht. Insbesondere der Begriff Mental Load sei sehr gut erläutert worden. Erfreulich sei auch, dass Instrumente, die in der Verwaltung eingesetzt würden, wie beispielsweise „Kompetent Managen“ oder das „Personalentwicklungs- und Bindungskonzept“ Erfolge zeigten.

Hinsichtlich der mobilen Arbeit werde auf S. 20 dargestellt, dass die Leistung von Mitarbeitenden, die viel in Mobiler Arbeit tätig seien, weniger wahrgenommen werde. Hier werde allerdings nur das Problem dargestellt und keine Lösung aufgezeigt. Daher möchte sie sich Frau Becker anschließen, dass ihr die Definierung von Zielen und eine abschließende Zusammenfassung gefehlt habe. Eine solche Zusammenfassung erleichtere auch das Arbeiten mit dem Bericht für die Führungskräfte.

Frau Hassiepen (FB11) bestätigt, dass der Hinweis auf eine kompaktere Zusammenfassung der Maßnahmen sehr praktikabel sei, da so die Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit erhöht würden. Bei dem Thema der Mobilen Arbeit zeigten sich sehr unterschiedliche Interessenlagen der Mitarbeitenden. Aus Sicht des Gleichstellungsplans sei die regelmäßige Anwesenheit zur Sicherstellung der Sichtbarkeit sehr relevant.

Ratsfrau Kurschilgen (GRÜNE) dankt für den Bericht. Sie wünsche sich, dass bereits in den frühen Jahren, also im Rahmen der Ausbildung, auf die Konsequenzen der Teilzeitarbeit hingewiesen werde.

Frau Hassiepen betont, dass sie diesen Hinweis sehr wertvoll finde und den Aspekt gerne aufnehmen werde.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) dankt ebenfalls für die Präsentation. Sie betont, dass sich in den letzten Jahren sehr viel verändert und verbessert habe. Gleichzeitig sei es so, dass man sich zwar viele Frauen in Führungspositionen wünsche, aber bei Auswahlverfahren auf Fachbereichsebene die Auswahl nicht groß sei. Im obersten Bereich ändere sich die Quote mit einer einzelnen besetzten Stelle deutlich, aber im oberen Segment sei man insbesondere im Bereich der Fachbereichsleitungen noch etwas unterrepräsentiert. Daher sei der richtige Weg, die Frauen in der Verwaltung intensiv zu beraten und aus dem eigenen Bereich Personal für leitende Positionen zu gewinnen.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) fragt in Anbetracht des im Gleichstellungsplan umfassten Zeitraumes 2024-2028, wie agil die Maßnahmen seien. Dabei interessiere sie besonders, ob zwischendurch überprüft werde, wie wirksam die einzelnen Maßnahmen seien.

Frau Augardt antwortet, dass im Landesgleichstellungsgesetz vorgesehen sei, dass eine Evaluation in regelmäßigen Abständen erfolgen müsse; man plane, diese in zweieinhalb Jahren hier wieder vorzustellen.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt den Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung Aachen zur Kenntnis und empfiehlt auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin dem Hauptausschuss, dem Rat der Stadt Aachen den Beschluss des Gleichstellungsplanes der Stadtverwaltung Aachen zu empfehlen.

zu 4 Duales Studium Soziale Arbeit

Vorlage: FB 11/0153/WP18

Ratsfrau Parting (SPD) dankt für die Initiative. Diese gehe in die richtige Richtung, insbesondere vor dem Hintergrund, dass viele Menschen aus finanziellen Gründen kein Studium aufnehmen könnten. Mit diesem Angebot ermögliche man allen, ein Studium aufzunehmen und könne so Potenziale nutzen, die sonst verloren wären. Dies werde von der SPD ausdrücklich unterstützt.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) schließt sich dem an und betont, dass man sehr froh darüber sei, dass Personal aus den eigenen Reihen aufgebaut werde. Diese Berufe würden dringend benötigt und seien in allen Verwaltungen rar, sodass es toll sei, nun ein solches Angebot zu haben.

Ratsfrau Becker (GRÜNE) schließt sich dem Gesagten an und dankt für die Initiative des Dezernats und die Kooperation mit der Katholischen Hochschule Aachen.

Hinsichtlich der benötigten Stellen und Finanzmittel stellt sie die Frage, ob diese von der Verwaltung in den Stellenplan eingebracht würden.

Herr Dr. Kremer stellt heraus, dass man dies erstmal so zur Kenntnis gebe und unter den Vorbehalt eines genehmigungsfähigen Haushaltes stelle. Der Personal- und Verwaltungsausschuss müsse sich dann mit möglichen Veränderungen im Stellenplan nochmals befassen. Man sehe die aktuell dargestellten Stellen als notwendig an für eine erfolgreiche Vorgehensweise. Man habe damit gleichzeitig die Möglichkeit, das Angebot von bezahlten Praktika verwaltungsseitig zu realisieren und abzudecken. Weiterhin stehe die Kooperation noch unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständigen Gremien der Hochschule.

Ratsfrau Kurschilgen (GRÜNE) findet das Studium mit Bezahlung sehr positiv. Gleichzeitig frage sie sich jedoch, wie nach dem kostenintensiven Studium die Personalbindung funktionieren solle.

Frau Hassiepen führt aus, das beste Mittel, um Menschen, die bei der Stadt ein Duales Studium oder eine Ausbildung absolvieren, an die Stadt zu binden, sei, mit diesen in Kontakt zu treten und sie während dieser Phase gut zu begleiten. Sie lernten die verschiedenen Fachbereiche kennen und würden bereits in Verantwortung genommen. Die jungen Menschen zu begleiten und fachlich anzuleiten sei ein wesentlicher Erfolgsfaktor und führe zu einer geringen Fluktuation. Dieses Gesamtpaket überzeuge, auch bei dem Arbeitgeber zu bleiben, für den man sich bei Antritt der Ausbildung entschieden hatte.

Ratsfrau Begolli (LINKE) drückt ihre Freude und ihren Dank aus und hofft, dass die zuständigen Gremien zustimmen werden.

Bezugnehmend auf Frau Kurschilgens Ausführungen möchte sie anmerken, dass Kosten immer relativ seien. Wenn sie sich hier die Kosten anschau und das, was man dafür bekomme, dann seien dies keine hohen Kosten mehr. Besonders relevant sei auch, was die jungen Menschen bekämen. Diese könnten hier in sämtliche Bereiche der Sozialarbeit und Sozialpädagogik reinschauen und dabei gut begleitet werden. Dies sei in Kombination mit einem guten und solventen Arbeitgeber eine hervorragende Möglichkeit, die Personalbindung dann zu schaffen.

Hinsichtlich der Aussagen von Frau Parting möchte sie ausführen, dass hier Menschen in den Bereichen ausgebildet werden, die man dringend brauche, und gleichzeitig biete man jungen Menschen, die sich sonst kein Studium leisten könnten, die Möglichkeit dazu. Es handle sich hier um eine Win-Win-Situation, von der die ganze Stadtgesellschaft profitiere.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) betont, dass sie es für eine große Stärke halte, die Ausbildung generalistisch anzulegen. Aus ihrer Ausbildung habe sie die Erfahrung, dass die Meisten in den Kita-Bereich gegangen seien, da dies der interessanteste Bereich gewesen sei. Sie fragt, ob es eine

Einschätzung gebe, welche Bereiche stark frequentiert seien und wie es sich auswirke, wenn man sich für die Bereiche entscheide, die für die anderen keine Relevanz hätten.

Frau Hassiepen antwortet, dass hinsichtlich der Stellenfluktuation der höchste Anteil im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes festzustellen sei, insbesondere werde hier auch ein Schwerpunkt der Ausbildung gelegt, da dies der größte Bereich sei. Gleichzeitig wolle man generalistisch bleiben und mit dem Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration sicherstellen, dass unterschiedliche Bereiche kennengelernt werden. Der Kita-Bereich werde sicher auch mit davon profitieren.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Personal und Verwaltung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Hassiepen möchte zunächst Herrn Lennartz entschuldigen, dem die Teilnahme heute bedauerlicherweise nicht möglich war.

In seinem Namen möchte sie zum Thema der Stellenbewertung im Bereich des Bürger*innenservices und der Bezirke berichten. Man habe unter Beachtung der durch Politik und Verwaltung gesetzten Qualitätsstandards eine bereichsübergreifende Funktionsarbeitsplatzbeschreibung entwickelt, welche die Dienste im Bürger*innenservice ganzheitlich abdecke und den Bedarfen in den Bezirken und im Bürger*innenservice Rechnung trage. Diese Stellen seien einheitlich nach EG 8 /A 8 bewertet, was für die Personalbindung und -gewinnung förderlich sei.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) schließt die Sitzung um 17:56 Uhr.

Annika Fohn
Ausschussvorsitzende

Anika Adam
Schriftführerin

gesehen:

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin